

Worgen-Zeitung.

Vierteundrechtzigster Jahrgang.

Bezugspreis

Der Hefte vierteljährlich 2,50 M., bei postmonatlicher Bezahlung 2,75 M., durch die Post 3 M., monatlich 30 Pf., einmonatlich 1 M., einschließlich Postgebühren. Bestellungen werden von allen Buchhandlungen angenommen. Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Verleger: Carl Lehmann in Halle S. Sprachdruckerei in der Poststraße 11-12. (Verleger: Redaktion Nr. 1244. - Expedition Nr. 176.)

Anzeigen

weder die Spaltenzahl oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus dem 15. Pf. berechnet und in der Expedition, von unsern Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.

Bestellen die Hefte 6 Pf., Erhalten individuelle postfrei, Sonntag und Montag einmal, sonst einmal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 26.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 17. Januar 1900.

1900.

Der "Bund" und die armen Leute.

Die Agrarier sind auf die Amerikaner schlecht zu sprechen, weil diese Fleisch und Fleischwaren nach Deutschland einführen. Schlecht zu sprechen sind sie aber auch auf unsere Diplomaten und den ganzen Staat, denen sie vorwerfen, daß sie den Vereinigten Staaten von Amerika zu weitgehenden Zinskaufpreisen machen, und daß sie Deutschlands Landwirtschaft und ihren Fleischerzeugnissen zu Gunsten der amerikanischen amerikanischen Schweine- und Rindfleischpreise präferieren. Das muß sich die Regierung lassen, die Ideen so viel für die Agrarier getan hat. Es ist auch für den Meisten begreiflich, daß gerade bei unseren Beziehungen zu Amerika die Regierung unmöglich ausschließlich die Interessen der Agrarier berücksichtigen kann, die sich seit jeder darin gefallen haben, in unwürdevoller Weise mit den Vereinigten Staaten zu verhalten. Zu dieser Zeit haben besonders das amerikanische Fleisch und die Fleischwaren den Stoff liefern müssen. Natürlich läßt das Viehleben, ein Einfuhrverbot dieser Artikel oder wenigstens derartige gesetzliche Bestimmungen herbeizuführen, die einen Einfuhrverbot gleichfalls, nur darunter, für die eigene Produktion der Agrarier höhere Preise zu erzielen. Dabei werden immer wieder "sonstige Bedenken" vorzubringen, trotzdem man nicht in der Lage ist, dafür Beweise zu erbringen. Daß diese Hegeorien höchst unrichtig sind, können wir den nicht agrarischen Teil der Bevölkerung zeigen können, ist selbstverständlich. Mit großer Berechtigung sagt in dieser Hinsicht der Abgeordnete für den Hamburger Handelskammer:

"Es wäre bedauerlich, wenn die Verhältnisse, die in einem Teile der Viehe trotz der bündigen Nachweise ihrer unthätigen Unrichtigkeit immer wieder mit mehr oder weniger Gehässigkeit gegen das ausländische, insbesondere amerikanische Fleisch vorgebracht werden, einen Erfolg haben könnten, der das wirtschaftliche Einverständnis mit den Vereinigten Staaten förmlich und ohne Absehen davon, für unsere heimischen Verhältnisse sehr nachteilig sein würde."

Für agrarische Blätter ist das nur ein Anfang, um die ullen Kamellen nochmals anzubringen. Da tauchen die "lebenden Trolchener" in den amerikanischen Fleischwaren wieder von neuem auf, an denen aber mehr als vorher noch nicht ein einziger erkannt ist, da werden die Schweinehälften von dem "franken Vieh, inberischen Hunden, rindischen Schweinen, Pferden und Arabern gefälliger Tiere" aufgeführt, die angeblich in Amerika zur Herstellung der Fleischwaren benutzt werden. Durch all dieses soll natürlich der Verkauf der Genüß amerikanischen Fleischwaren vereitelt werden. Das ist aber das arbeiterfeindliche Mäntelchen, das sich das Großgrundbesitzer-Dogma, die "Deutsche Tageszeitung", plötzlich umhängt, um die Wägen seines Egoismus zu befeuern.

"Wir wollen im Gegenzug zu jenen Fremden unkontrollierbarer amerikanischer Fleischkonerven nicht, daß die ärmeren Bevölkerungsklassen gewissermaßen als Versuchskaninchen für Viehverkehrsunternehmer dienen sollen." Als ob der "Bund der Landwirthe" sich schon jemals um die Interessen der ärmeren Bevölkerung kümmert hätte! Sein ganzes Dichten und Trachten nach Grenzverwehren, höheren Zöllen und Getreidepreisen hat doch nur die Wirkung, gerade den Lebensunterhalt der ärmeren Bevölkerung zu verheeren. Hatte der Bund wirklich die Absicht, die Exporte zu verhindern, so hätte er den Einfuhrzoll amerikanischer Fleisch, Speck und Fleisch unabwehrbar schwerer zu stellen, als den des Vieh. Der Arbeiter ist amerikanischer Speck, nicht weil er aus Amerika ist, sondern weil er billiger und nicht gesundheitsgefährlich ist. Gerade der ärmeren Teil der Bevölkerung muß billiges Fleisch und billigen Speck haben und gerade in seinem Interesse müssen wir ausländisches Fleisch zu einführen. Gingen aber die Wünsche der Agrarier in Erfüllung, dann müßten die ärmeren Klassen auf den Genüß von Fleisch fast ganz verzichten.

Deutsches Reich.

Sols und Personalnachrichten.

+ Am Donnerstag, den 18. Jan., findet im Ritterpalee und im Stadtpalais des Königl. Hofes die Inveitur und das Kapitel des Schwarzen Adlerordens mit dem gewöhnlichen Glanze statt. Im nächsten Jahre wird der Akt der Feier die alte Königsberg sein, wo die 200jährige Weibertag der Stiftung dieses höchsten preussischen Ordens gefeiert werden soll, und zwar in dem Sinne, den der König Friedrich I. am 17. Januar 1701, als noch der Tage vor seiner Krönung, den Orden stiftete, und das heute noch in seiner ursprünglichen Gestalt existiert. Mit der Jubiläumfeier im nächsten Jahre ist auch die Einweihung der Gärten für die in Königsberg in Aussicht genommen, dem zum Danken an die edle Gemahlin Königs Friedrichs Wilhelm III. erbaut wird.

Der Ausgang des Domänenpachtstreits.

Bei Vertheilung der Ergebnisse der anderweitigen Verpachtung der im Jahre 1899 verfallen geworden preussischen Domänen ist auch die Einweisung der Pächter eine Verbesserung derselben, etwa durch Veranlassung industrieller Nebenbetriebe, Brennereien usw. zu verzeichnen gewesen ist. Dagegen finden wir bei einer ganzen Reihe von Domänen Abzweigungen vorhandener Betriebe oder sonstige erst jetzt herbeizuführende Verbesserungen, die ein Minderergebnis bei der letzten Verpachtung ohne weiteres erklärlich machen. So bringt die Domäne Werchau in Schlesien anstatt 46.000 M. früherer Pacht, jetzt nur 24.000 M., nicht ein Minderergebnis von 22.000 M., und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil eine bisher zur Domäne gehörige, nicht unbedeutende Brauereianlagen für 200.000 M. verkauft worden ist. Außerdem ist auch das fiskalische Gehöft, das dem früheren Pächter in Höhe von 30.000 M. zum Betriebe der Domäne gewährt wurde, zur Einziehung gelangt. In der Provinz Posen hat eine

Domäne anstatt nur 20.000 M. nur 15.000 M. Nachtertrag zu verzeichnen, weil ein Stück von der Domäne abgetrennt, das fiskalische Gehöft abgetrennt und das zugehörige Leihguthum öffentlich versteigert ist. Eine andere Domäne in derselben Provinz bringt 7000 gegen 92000 M., weil eine dort fiskalische Pacht, die früher für den Pächter erhebliche Vortheile verbunden gewesen sind, nach einem anderen Die verlegt worden ist. Auf einer Domäne in Pommern soll der bisherige Pächter 3000 M. weniger, weil er neben der Entrichtung des Pachtzinses noch erhebliche, sonst dem Pächter zur Last fallende Verpflichtungen zu erfüllen hat. Auch die Domäne in Ostpreußen ist um 1000 Mark geringer. Man sieht also in Betracht, so leicht von dem Minderertrage nur ein geringes Maß über, der Verlust auf das Konto des Minderertrages der landwirthschaftlichen Ertragskräfte zu setzen wäre.

Politisches.

* Schon wieder, so schreibt die "Allg. Tag.," ist ein einmüthiger Landrat zum Regierungsrath ernannt worden. Herr Landrat A. D. Baer ist in Posen als Regierungsrath nach Schlesien versetzt worden. Es scheint Systeme in der Sache zu liegen. Man will die ehemaligen Landräthe nicht mehr in leitenden politischen Stellen lassen, und läßt sie in den Stellen der Regierung untertauchen. Die Regierung würde sich freuen, wenn sie vermöge, daß die Art der Verwendung der gemäßigten Herren als ein Entgegenkommen von der konservativen Partei und von den Wählerkreisen im Lande aufzufassen wird. Man weiß sehr wohl, daß es sich für die Regierung darum handelt, die genannten Herren in all die unrichtig zu machen, ohne daß für diese Vorwürfe gemacht werden können. Aber wenn auch der Regierungsrath im Laufe der Jahre ein etwas höheres Gehalt als der Landrat bekommt, so ist er dafür im Vergleich zu diesen amtlich zu politischer Verantwortlichkeit bereitwillig, und das weiß man in Posen ebenso wie in der Regierung. Dieser Wille man sich in nachgehenden Kreisen doch keine Forderung hingeben. — Das ist vorläufig offenbar zu geschehen! Entweder die Regierung ist die gemäßigten Landräthe wieder in ihre alten Stellen ein und thut damit einen tiefen Schicksal für den Agrarier, oder sie darf wohl sein, daß sie auch immer noch in der Lage ist, die Regierung zu begünstigen. Natürlich soll eben Dampf bleiben; so wollen die Herren haben.

* Der Berliner Korrespondent des "Standard" will erfahren haben, gegenwärtig werde die Einweisung einer internationalen Konferenz in London, die sich mit der Revision der internationalen Handelskonvention, die von allen an der Sache interessierten Mächten unterzeichnet werden soll, erwogen. Die Regierungen mehrerer Mächte haben bereits die nöthigen Vorbereitungen. Der deutsche Kaiser sei der eigentliche Urheber der Idee der internationalen Konferenz. — Die Nachricht erscheint uns sehr befriedigend.

Parlamentarisches.

* Mit Ende des laufenden Kalenderjahres wird ein Ziel des verhänglichen Eintrags in Erfüllung kommen, der lange Zeit hindurch unter den Ausgehenden der Abgeordneten im Reichstag steht, nämlich die Vertheilung der Stadt Königsberg i. Pr. zur Verzeichnung und Tilgung der fälligen Kriegsschulden. Es waren für diesen Zweck in jedem Jahre im Betrage 90.000 M. auszuweisen. Da der Geld der Kriegsschulden, die noch aus älteren Zeiten stammen, mit Ablauf des Jahres 1900 getilgt wird und die Vertheilung am 1. Januar 1901 fortfällt, so brachte der betreffende Eintrag diesmal nur mit 67.500 M. in Ansatz gebracht werden.

Wirtschaftliches.

* In letzter Zeit mußte eine Zunahme des in polnischen Sähen ein zu verzeichnen sein. Was in Polen der Wonnemühle festgelegt werden. Die im Regierungsrath in Bromberg im Jahre 1898 der deutsche Großgrundbesitzer 795 ha (1282 ha Gewinn gegenüber 2077 ha Verlust) einbrachte. Im Vergleich mit dem Verlust der Verlust auf 1621 ha (166 ha Gewinn gegenüber 1667 ha Verlust). Der Gesamtverlust betrug demnach 2216 ha, was zusammen 89 besitzen und 37 polnische Besitzungen sind. Im Jahre 1898 im Bromberger Bezirk durch Vertheilung 44 deutsche und 269 polnische Besitzungen entstanden. 173 Grundstücke sind aus polnischem Besitz in deutschen übergegangen, hingegen ungefähr 268. Die Zahlen bezeugen von neuem die Gewährung, daß deutsche Besitz in übernehmend polnischen Gemeinden ganz weichen haben, deren Besitz sich durch den Verlust der polnischen.

* In Anbetracht der seitens der deutschen Tierärzteschule im letzten Jahre in umfangreichen Maße vorgenommenen Einfuhr von Zugeln nach Deutschland, schlägt die "Deutsche Landw. Presse" (Verlag Neumann) vor, sich auch in Deutschland der Zugeln zu widmen. Der Vertreter Herr Meyer führt an, daß ohnehin aus Ungarn, Bosnien und dem selben Sachverständigen nur ihre Individuen zu an gebracht werden, während wir selbst durch fräherer und leistungsfähigerer Zugelre existieren könnten. Kein Land hat ein so vorzügliches Material an Celn wie Norddänien, namentlich die Provinz Schonen. Es würde uns also ein letztes sehr wichtiges Zugelmaterial einzuführen. Es wird in absehbarer Zeit in Deutschland Bezug zu erlangen sein, wenn wir das englische, wie das ungarische Material an Güte überlegen würde. Auch würde es durch wohl mehr Mengeverbreitenden möglich gemacht, sich dieser Zugelre zu bedienen, was wieder eine Minderleistung auf die Nachfolge nach Zehnmaterial zur Folge hätte.

Soziale Angelegenheiten.

* Im Kaiserlichen Gesundheitsamt ist trotz dieser Tage unter dem Vorh. des Oberbaurathes Hoftheater das von der Deutschen Gesellschaft für Volksbildung berufene Preisgericht zusammen, das über die eingegangenen Antworten zu Volksbildung entscheiden soll. Die preiswürdigen Entwürfe werden vom 21. d. M. an einige Tage zur öffentlichen Ausstellung gelangen.

Geer und Hölle.

* "Gneiffen" ist am 13. Jan. in Genua eingetroffen und beschäftigt am 18. Jan. nach Livorno in See zu gehen. — Der "Höfungstransport" "Höf" ist dem Dampfer "Dagern" am 14. Jan. in Port Said eingetroffen und am demselben Tage

nach See weiterzugehen. — "Höf" ist am 15. Jan. in Ostgenua angekommen und beschäftigt am 16. Jan. nach Skanton in See zu gehen.

Schule und Kirche.

Die Deutsche Lehrer-Versammlung findet am 5. u. 6. u. 7. Juni d. N. (Königsberg) zu 25 in A. Hof. Unter Zustimmung des weiteren Ausschusses ist festgelegt worden, daß diesmal verhandelt werden die Hauptverhandlungen auf die beiden ersten Verhandlungstage (Dienstag und Mittwoch) beschränkt werden, der dritte Tag (Donnerstag) aber der Sekretär-Versammlung des Deutschen Lehrervereins überlassen bleibt. Die Nebenversammlungen finden am Freitag, ferner am Dienstag und Mittwoch nachmittag und am Donnerstag statt. Anstellungen zu besetzen müssen spätestens bis zum 1. März beim engsten Ausschusse, dem die Entscheidung über Annahme und Besetzung der einzelnen Stellen vorbehalten bleibt, bewirkt werden. Die Verträge zu den Nebenversammlungen sind den Mitgliedern der Versammlung vorzutragen und die Beschlüsse der Versammlung sind den Mitgliedern zu übermitteln. Alle die Deutsche Lehrerversammlung der Anfragen und Mittheilungen sind an den Geschäftsführer des engsten Ausschusses, Herrn Reichardtstr. 5, Pötkner in Göttingen zu richten.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

123. Sitzung vom 16. Januar, 1 Uhr.

Das Haus ist äußerst schwach besetzt.

Am Vortage: Graf Polodowski. Die Verhandlung des Etats des Reichsamts des Reichs für den Fortschritt beim Kapitel Reichsverwaltung.

Abg. Sathian (Soz.) weist auf die steigenden Unfallkosten hin. Im letzten Reichsjahre seien über 90.000 Arbeiter verwundet worden, also mehr als im Jahre 1870/71, für welchen die Zahl 58.000 beträgt. Das ungerechte Vertheilen der Lasten seiner Schuld auf alle unter allen Umständen vermindert werden. Von Reichs wegen müßten die Unternehmer lastbar sein und den Arbeiter den vollen Schaden erleiden, an Stelle dessen sei ein Unfallversicherungsgesetz, das Unfallversicherungsgesetz. Ein weiterer Vortheil des Unfallversicherungsgesetzes sei, daß es während der ersten 13 Wochen Lebensunterhalt zu zahlen habe. Es handle sich um ca. 52 Millionen pro Jahr. Es müßte ferner beachtet werden, wieviel Unfälle auf die Unachtsamkeit der Unternehmer und die mangelhaften aller Unfälle. Es trage sich, daß die Unfallkosten 25 Prozent in diesen Jahren auf vollen Schaden zu steigen. Auch müßten die Arbeiter ein Mitspracherecht über die Schutzmaßnahmen annehmen. Trotzdem die Zahl der vollen Unfallschuldigen ständig steigt, solle die Zahl der Schutzlosen. Das sei doch löblich und seine die Arbeiter. Staatssekretär Graf Polodowski: Der Reichstag in der gewerblichen Betrieben verminderten Personen mit der Zahl der fürs Vaterland im Kriege Gefallenen sei nicht neu, aber auch nicht unbedenklich. Die Zahl der dauernd Erwerbsunfähigen infolge Unfälle sei gestiegen, die Zahl der vorübergehenden Erwerbsunfähigen und der Todesfälle habe zugenommen. Die Ursache liege wohl in dem Aufschwung der Industrie zu suchen, zu welcher viele ungeübte und mit den Gefahren einer Arbeit nicht vertraute Arbeiter trüben.

Bei seiner Behandlung von der Sozialität des Unfallversicherungsgesetzes der Herr Vorredner nicht ab, daß auch in den Jahren der Arbeiter eine Menge erhalte, in denen kein Vertheilen der Unternehmer nachgewiesen ist. Die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz habe die Versicherung zu verbessern, namentlich die Zahl der Schiedsgerichte. Ein Vertreter der englischen Gewerbetreibenden, der für sich Deutschland beachtet, habe die deutschen Gewerbetreibenden zum Schutz vor Unfällen und die Versicherungen als unzulässig bezeichnet.

Abg. Hofke (Allg.) Die Verhandlungen und Bedingungen des Abg. Sathian dürfen nicht unüberprüfbar sein. Hand geben, da er zu beweisen habe, daß die Arbeitgeber durch das Unfallversicherungsgesetz nicht zu einer Belastung haben, sondern nur einen Gewinn bekommen. Gegen die Abg. Hofke, der die Ursache an dem Arbeiter zu suchen, da man wissen kann, in denen den Arbeitgeber ein Verlust triffe. Dann würden nach Herrn Sathian die meisten verletzten Arbeiter also ohne Rente bleiben, während sie jetzt alle eine Rente bekommen. Die Sozialität der Unternehmer sei auch dadurch nicht so generell wie etwa bei den Eisenbahnen. Ferner müßten die Fälle ausgenommen werden, in denen die Arbeiter den Beschäftigten amvoren handeln, in diese die Schutzvorrichtungen besitzigen. Jetzt komme jeder noch so kleine Unfall zur Anzeige und Entschädigung, woraus sich die steigende Zahl der Unfälle erkläre. Er betrete, daß die Versicherungsbedingungen den Arbeiter die Vorkosten vorzunehmen haben, es habe sich vielmehr die Zahl der dauernd Erwerbsunfähigen vermindert. Außerdem die ganze Art der Versicherung nicht richtig. Daß die Zahl der Todesfälle sich gesteigert habe, beruhe auf den Unachtsamkeiten in gewissen Betrieben, die eben vom Zufall abhängig seien. Unfälle kommen in allen Betrieben trotz aller Vorsicht vor, auch bei industriellen Betrieben.

Abg. D. Hölle (Allg.): Die Arbeitgeber des Mittelstandes haben früher unter den Lasten der Versicherung zu leiden, weil mehr als die großen Unternehmer, trotzdem lage er, daß diese Versicherungen ein großer Kulturfortschritt seien. Wer im öffentlichen und privaten Leben liehe, habe oft Gelegenheiten, die Sorgen der Versicherung zu beobachten, freilich auch über manche Unfälle der Schiedsgerichte, die auf so häufige. Der Verfall "Unfall" werde oft zu eng begrenzt. Die Versicherung müsse wärmerberger werden. Wäre es s. B. nicht möglich, eine Unfallversicherung einzuführen?

Staatssekretär Graf Polodowski: In Posen, wo kein Vertheilen der Unfälle, könne selbstverständlich keine Rente gewährt werden. Eine Rente, innerhalb der der Beschäftigten geltend zu machen sei, würde bestehen bleiben; bezüglich der Vorkosten über die Verwendung der Mittel der Versicherung zu Vorkosten werden bringe die Novelle wesentliche Änderungen. Daß die Entscheidungen der Versicherungsanstalten nicht so häufig sein können, gebe daran hervor, daß das Reichsversicherungsamt nur 11 Proz. von Fällen abgehandelt habe, 1 Proz. in Genua, 10 Proz. in Genua, 10 Proz. in Genua der Arbeitgeber. Das Reichsversicherungsamt lie aber auch von sozialdemokratischen Seite als unparteilich anerkannt werden. Abg. Sathian (Soz.): Er halte seine Behauptungen auf

